

Stand: 20.04.2026 06:22:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19395

"Pandemie der Unwissenheit beenden, impfen beschleunigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19395 vom 07.12.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19508 vom 09.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 09.12.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Pandemie der Unwissenheit beenden, impfen beschleunigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Auch am Ende des zweiten Jahres der Coronapandemie sind politische Verantwortungsträger, öffentliche Verwaltung und Justiz nach wie vor gezwungen, auf Sicht zu fahren und Entscheidungen auf unzureichender Informationsbasis zu treffen. Ursächlich hierfür sind unter anderem eine lückenhafte Erfassung sowie eine zu langsame Weitergabe oder unsachgemäße Verarbeitung wesentlicher Daten.

Die Staatsregierung wird daher dazu aufgefordert, die hohe Impfbereitschaft in der Bevölkerung durch entsprechende Maßnahmen zu unterstützen und zielführender auszugestalten.

Hierzu gehört insbesondere,

- darauf hinzuwirken, dass auf freiwilliger Basis bereits bei den Coronatests der Impfstatus und die Telefonnummer des zu Testenden angegeben wird und diese Information im Falle von positiven Tests auch weitergegeben und verarbeitet werden kann, um die Gesundheitsämter bei der Kontaktdatenerfassung zu entlasten und zu unterstützen.
- sicherzustellen, dass das Landesamt für Gesundheit künftig bei der Aufschlüsselung der Inzidenzen nach Geimpften und Ungeimpften den Anteil derjenigen ohne bekannten Impfstatus extra ausweist, um mehr Transparenz herstellen zu können.
- sicherzustellen, dass das Landesamt für Gesundheit künftig bei der Aufschlüsselung der Inzidenzen nach Geimpften und Ungeimpften die nachträglichen Meldungen über den Impfstatus auch tatsächlich nachträgt.
- darauf hinzuwirken, dass die niedergelassenen Ärzte größtmögliche Planungssicherheit bei den Impfstofflieferungen erhalten, durch eine zeitnahe Rückmeldung wie viele Impfdosen an die bestellte Praxis tatsächlich geliefert werden.
- sich dafür einzusetzen, dass die ambulant tätigen Vertragsärzte schnellstmöglich kleinere Impfdosen und mindestens zweimal die Woche bestellen können, um der derzeit hohen Impfbereitschaft in der Gesellschaft gerecht zu werden und die Impfkampagne zielführend unterstützen zu können.
- dafür Sorge zu tragen, dass in den Impfzentren spezielle Zeitfenster zur Impfung von über 60-jährigen Menschen ermöglicht werden, um die Impfung dieser Personengruppen zu beschleunigen und ihnen ein höheres Angebot zu ermöglichen.
- kostenlose Schnelltest-Gutscheine für Pflegebedürftige in der häuslichen Pflege zu ermöglichen, die durch nahestehende Betreuungskräfte oder Angehörige abgeholt werden können.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/19395

Pandemie der Unwissenheit beenden, impfen beschleunigen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Martin Hagen

Abg. Andreas Krahl

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Markus Plenk

Abg. Susann Enders

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Waldmann

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Klaus Holetschek

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe zur weiteren Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Pandemie der Unwissenheit beenden, impfen beschleunigen (Drs. 18/19395)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort wiederum dem Herrn Kollegen Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Leider wurde versäumt, die Digitalisierung im Gesundheitswesen auf den Stand zu bringen, der eine schnelle und unkomplizierte Kommunikation der Player im Gesundheitswesen ermöglicht hätte. Dies wäre im Hinblick auf die aktuelle Pandemie notwendig und ein Segen gewesen. Somit müssen bis zum heutigen Tage Fehler aus der Vergangenheit Stück für Stück korrigiert werden. Meine Hoffnung liegt hier auf der seit gestern im Amt befindlichen Ampel-Regierung, vor allem auf dem FDP-Minister Volker Wissing, der die Digitalisierung endlich auf den nötigen Stand bringen wird.

(Beifall bei der FDP)

Um die überlasteten Gesundheitsämter zu unterstützen, fordern wir die Staatsregierung auf, darauf hinzuwirken, dass auf freiwilliger Basis bereits bei der PCR-Testung der Impfstatus und die Telefonnummer des zu Testenden mit angegeben werden. Für größtmögliche Transparenz sollte die Aufschlüsselung nach Geimpften, Ungeimpften und unbekanntem Impfstatus erfolgen. Um die Impfkampagne zu verbessern, brauchen wir dringend Maßnahmen für die impfenden Ärzte. Die niedergelassenen Arztpraxen haben in der aktuellen dramatischen Lage keine Planungssicherheiten im Hinblick auf die bestellten Impfstoffmengen. Wir wissen erst am Tag der Anlieferung, wie viel Impfstoff zur Verfügung steht – Wahnsinn. Es darf nicht sein, dass Impfwillige nach Hause geschickt und Termine wieder abgesagt werden müssen, nur weil nicht genügend Impfstoff geliefert wurde. Wir Ärzte brauchen daher eine zügigere Rückmeldung,

welche Mengen uns tatsächlich in der darauffolgenden Woche zur Verfügung stehen werden.

Ich nenne hierzu nur ein kleines Beispiel. Für Donnerstag nächster Woche habe ich eigentlich einen Impftag mit über 200 Impfungen geplant. Den musste ich leider canceln und auf ein klägliches Maß von 14 bis 20 Impfungen eindampfen, weil ich nicht weiß, ob mir der Impfstoff dafür zur Verfügung steht. Darüber hinaus wäre es hilfreich, wenn viel öfter und zudem auch kleinere Dosen bestellt werden könnten, optimalerweise Fertigspritzen, wie das auch bei anderen Impfungen möglich ist. Für den Moderna-Impfstoff wäre dies ohne Probleme möglich.

Ich möchte an dieser Stelle einmal die Vials darstellen. Für den BioNTech-Impfstoff haben wir sechs Dosen, die entnommen werden können, vorgesehen, bei Moderna 10 bis 20 Dosen für Booster-Impfungen. Sie sehen schon: Auf der einen Seite besteht ein Mangel. Auf der anderen Seite kann es passieren, dass extrem wichtiger Impfstoff verworfen werden muss, wenn Leute abspringen, erkranken oder aus anderen Gründen nicht zum Impftermin erscheinen können. Die aktuelle Praxis, dass man seine Bestellung bis Dienstagmittag abgegeben haben muss, um am Montagmittag darauf beliefert zu werden oder später, ist untauglich. Damit verliert man am darauffolgenden Montag die Möglichkeit, Impftermine seriös zu planen. Für ein besseres Impfmanagement muss mindestens zweimal pro Woche eine Bestellung möglich sein. Vor allem die vulnerablen Gruppen müssen schnellstmöglich ihre Booster-Impfung erhalten, vor allem vor dem Hintergrund der neuen Omikron-Variante. In den Impfzentren sollten zusätzlich spezielle Zeitfenster für die Impfung von Menschen über 60 Jahre ermöglicht werden, um ein größeres Angebot zu schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang die Menschen, die zu Hause gepflegt werden, nicht vergessen. Deshalb schlagen wir kostenlose Schnelltest-Gutscheine für

Pflegebedürftige in der häuslichen Pflege vor, die durch nahestehende Betreuungskräfte oder Angehörige abgeholt werden können.

Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Holetschek, diese Bemerkung kann ich mir abschließend nicht verkneifen. Sie fordern von der Ampelkoalition eine Verdoppelung des Gehalts des Intensivpersonals. Das ist vor dem Hintergrund enttäuschend, dass Sie dies in den letzten Jahren selbst in der Regierungsverantwortung hätten umsetzen können.

(Beifall bei der FDP)

Trotzdem eint uns das Ziel, schnellstmöglich alle Maßnahmen umzusetzen, um diese Pandemie zu beenden und wieder ein normales Leben zu führen.

Ich schwenke doch noch einmal kurz zum Intensivpersonal. Das Intensivpersonal sei müde, fertig und k. o., so der Geschäftsführer der Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Es ist nicht nur das Geld, das hier hilft. Es ist die Anerkennung und die Unterstützung für diese immense psychische Belastung. Es fehlt die Planbarkeit für Familie und Beruf. Dies muss geändert werden. An dieser Stelle stehen alle demokratischen Parteien zusammen und ziehen an einem Strang.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Bernhard Seidenath. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion trägt den Titel "Pandemie der Unwissenheit beenden, impfen beschleunigen". Das macht mich insgesamt ratlos. Auch nach zigfachem Lesen weiß ich nicht, was Ihr Ziel ist. Herr Kollege Dr. Spitzer hat nur zu einem kleinen Teil des Antrags Stellung genommen. Haben Sie zur Kenntnis ge-

nommen, dass der Bayerische Ministerrat am Dienstag ein wuchtiges Paket in Höhe von 66 Millionen Euro beschlossen hat, das direkt dem Personal in den Krankenhäusern zugutekommt? Haben Sie das zur Kenntnis genommen? – Ich würde Ihnen empfehlen, das Bulletin der Staatsregierung nach Kabinettsitzungen zu lesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme auf Ihren Antrag zurück. Mit Ihrem Antrag fordern Sie die Staatsregierung dazu auf, die hohe Impfbereitschaft in der Bevölkerung durch entsprechende Maßnahmen zu unterstützen und zielführender auszugestalten. Wir haben doch gerade das Problem, dass die Impfbereitschaft nicht so hoch ist, wie sie eigentlich sein müsste, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen. Sie wollen auch noch, dass diese vermeintlich hohe Impfbereitschaft – Zitat – "zielführender" ausgestaltet werde. Was wollen Sie uns damit sagen?

In den ersten drei Spiegelstrichen schaffen Sie die Verbindung zu den Statistiken. Das war der Rohrkrepierer Ihrer Aktuellen Stunde von vorgestern. Das erschließt sich mir wirklich in keiner Weise. Am Dienstag klang es so, als wollten Sie die Leute vom Impfen abhalten, weil der Schutz für die Geimpften vermeintlich gar nicht so hoch sei. Heute erwecken Sie mit diesem Antrag ebenfalls den Eindruck, als hätten vor allem die Statistiken Einfluss auf die Impfentscheidung des Einzelnen. Die Statistiken wollen Sie immer exakt belegbar ausgestalten. Sie wollen von der bisher praktizierten Schätzung wegkommen. Für mich klingt das so, als würden Sie die vermeintlich hohe Impfbereitschaft reduzieren wollen. Wir dagegen wollen die weiterhin zu niedrige Impfbereitschaft der Bevölkerung steigern. Das unterscheidet uns. Schon deshalb werden wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege – –

Bernhard Seidenath (CSU): Für mich – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich dachte, Sie seien fertig.

Bernhard Seidenath (CSU): Nein, ich habe noch ein bisschen Redezeit, oder? Wie viel Redezeit habe ich denn noch?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Selbstverständlich haben Sie noch Zeit. Ihre Pause war so lang. Deshalb habe ich gedacht, Sie seien fertig. Selbstverständlich haben Sie das Wort, bitte.

Bernhard Seidenath (CSU): Ich wollte den Kollegen Gelegenheit zum Applaus geben.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es sei Ihnen vergönnt.

Bernhard Seidenath (CSU): Für mich sind Ihre Worte im Dringlichkeitsantrag von der zielführenden Ausgestaltung der Impfbereitschaft eine Chiffre dafür, dass sich weniger Leute impfen lassen sollen aufgrund der vermeintlichen Statistikprobleme. Herr Kollege Dr. Spitzer, nun kenne und schätze ich Sie sehr und weiß, dass das nicht Ihre Auffassung ist. Das weiß ich. Aber so steht es nun einmal in Ihrem Dringlichkeitsantrag. Sie haben zu diesem Teil Ihres Dringlichkeitsantrags nichts gesagt.

Ihr Dringlichkeitsantrag enthält weitere vier Spiegelstriche. Darin fordern Sie Planungssicherheit bei der Impfstoffbestellung und spezielle Zeitfenster in den Impfzentren für die Impfung von Über-60-Jährigen. Was aber die Schnelltest-Gutscheine für pflegende Angehörige mit der Unterstützung oder der zielführenden Ausgestaltung der Impfbereitschaft zu tun haben – das ist Ihr letzter Spiegelstrich –, ist mir wiederum ein Rätsel. Fakt ist: Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass vulnerable Personen bestmöglich geschützt sind. Die Testverordnung des Bundes sieht bereits vor, dass ambulante Pflegedienste 20 Antigen-Schnelltests pro behandelter Person beschaffen und zur Testung ihrer Patientinnen und Patienten einsetzen können.

Jetzt noch ein paar Worte zur besseren Planbarkeit der Bestellmengen und zu den speziellen Zeitfenstern: Die Staatsregierung hat gegenüber dem Bund bereits mit

Nachdruck deutlich gemacht, dass eine ausreichende Belieferung sowohl der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte als auch der Impfzentren erforderlich ist und dafür entsprechende Lösungen durch das Bundesgesundheitsministerium gefunden werden müssen. Den Impfstoff beschafft, bezahlt und liefert der Bund. Wir in Bayern sind für die Gebäulichkeiten, für das Zubehör, das Impfbesteck und das impfende Personal zuständig. Den Impfstoff beschafft jedoch der Bund. Unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der gleichzeitig Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz ist, hat erst am 22. November einen Beschluss der GMK herbeigeführt, mit dem frühzeitig an den Bund appelliert wurde, die Kontingentierung des Impfstoffes, insbesondere des BioNTech-Impfstoffes, schnellstmöglich zu beenden. Für den Impfstoff Moderna sind bislang ohnehin keine Bestellbeschränkungen angekündigt.

Herr Kollege Dr. Spitzer, nun zur häufigeren Belieferung: Die Impfstoffauslieferung, sowohl an die Impfzentren als auch an die niedergelassenen Praxen, erfolgt über die pharmazeutischen Großhändler und die Apotheken im Rahmen der Regelversorgung. Die Staatsregierung ist in diesen Prozess nicht involviert. Die möglichen Liefermengen sind von den durch den Bund zur Verfügung gestellten Kontingenten abhängig. Sie wollen, dass wir uns für mehr Kontingente einsetzen. Das haben wir längst getan, und das tun wir weiterhin. Deswegen sind diese Forderungen erfüllt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nun zu den Sonderterminen für Über-60-Jährige. Die Impfzentren haben bereits jetzt die Möglichkeit, für diesen Personenkreis Sonderimpfaktionen durchzuführen, beispielsweise in Alten- und Pflegeheimen. Dazu wurden sie auch von der Staatsregierung aufgefordert. Das läuft also.

Am Schluss möchte ich noch auf die Überschrift Ihres Dringlichkeitsantrags eingehen. Sie ist nämlich ein Spiel mit dem Feuer. Sie sprechen von einer "Pandemie der Unwissenheit". Damit legen Sie nahe, dass es sonst keine Pandemie gebe. Übersetzt: Es grassiert weniger ein Coronavirus, sondern nur die Unwissenheit. Herr Fischbach,

lesen Sie sich einmal Ihren Dringlichkeitsantrag selbst durch. Dann werden Sie das feststellen. Ich bin grundsätzlich kein bösgläubiger Gesundheitspolitiker. Ich habe mir einfach überlegt, was Sie mir sagen wollen. Sie sprechen in Ihrem Dringlichkeitsantrag von einer "Pandemie der Unwissenheit" und nicht von der Pandemie des Coronavirus. Sollten Sie Corona nicht leugnen wollen, dann ist diese Überschrift zumindest missverständlich. Deshalb können wir Ihrem Dringlichkeitsantrag auf keinen Fall zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Seidenath, es liegt eine Meldung zu einer Intervention vor. Dazu erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Martin Hagen, das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Seidenath, die von Ihnen getragene Regierung spricht von einer "Pandemie der Ungeimpften". Damit wird das Infektionsrisiko Geimpfter bagatellisiert. Sie werden damit in einer trügerischen Sicherheit gehalten.

Sie haben heute nahtlos dort weitergemacht, wo Sie am Dienstag aufgehört haben. Ihre Reaktion auf unsere Aufklärungsbemühungen bezüglich der LGL-Affäre wurde von der "Welt" zu Recht als "schäbig" qualifiziert. Sie haben die AfD-Keule geschwungen, statt hier für Aufklärung zu sorgen. Meine Anfrage zum Plenum wurde heute von der Bayerischen Staatsregierung nicht beantwortet. Die Staatsregierung hält weiterhin die tatsächlichen Zahlen unter Verschluss.

Das bedeutet: Das parlamentarische Recht gewählter Abgeordneter wird hier missachtet. Glauben Sie nicht auch, dass die Regierung mit dieser Mauertaktik weiteres Vertrauen verspielt hat und nicht die Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann, die sie durch die falschen Zahlen des LGL verloren hat?

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Hagen, genau das ist das Problem. Mir erschließt sich nicht, was Statistikprobleme mit der Impfbereitschaft zu tun haben. Genau dazu hat Ihr Gesundheitspolitiker eben überhaupt nichts gesagt. Sie sagen, wir würden etwas bagatellisieren, weil wir von einer "Pandemie der Ungeimpften" sprechen. Das gilt doch dann erst recht für Sie, wenn Sie eine "Pandemie der Unwissenheit" anführen. Noch einmal: Sie werfen mir vor, ich würde die AfD-Keule schwingen. Was Sie am Dienstag mit Ihrer Aktuellen Stunde gemacht haben und was Sie heute in diesem Dringlichkeitsantrag mit den ersten drei Spiegelstrichen vorschlagen, ist dem, was die AfD in diesem Hause fordert, viel näher als das, was wir sagen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Andreas Krahl für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Weihnachten ist die Zeit der Versöhnung. Ich versuche deshalb, die Aussagen meiner beiden Vorredner etwas geradezurücken. Ich stimme Herrn Kollegen Seidenath zu. Auch ich verstehe die Überschrift dieses Dringlichkeitsantrags nicht. Ich bedanke mich aber ausdrücklich bei meinem vielgeschätzten Herrn Kollegen Dr. Spitzer von der FDP, dass er das Skandalschild, das die FDP-Fraktion am Dienstag hier hochgehalten hat, nicht noch einmal hervorgeholt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Herr Kollege Hagen, ich bin genau wie Sie ein frei gewählter Abgeordneter! Deswegen darf auch ich hier meine Meinung sagen. Stimmen Sie jetzt bitte nicht auch noch in diesen Punkten mit der AfD-Fraktion ein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Herr Kollege Hagen, ich tue mich echt schwer. Grundlegend ist Ihr Dringlichkeitsantrag mit seinem Ziel und den Forderungen, die Herr Kollege Dr. Spitzer vorgetragen hat, richtig und wichtig. Aber mit Ihrem Auftreten am Dienstag und auch heute hier treiben Sie die Spaltung der Gesellschaft voran. Sie geben den Impfleugnern recht. Sie spielen den Corona-Leugnern in die Karten und allen voran der Fraktion rechts außen in diesem Hause.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schade, dass das mit meinen weihnachtlichen und versöhnlichen Worten jetzt nicht geklappt hat. Zum Schluss möchte ich es aber noch einmal versuchen, vor allem weil der Regierungschef heute hier sitzt. Sehr geschätzter Herr Kollege und Ministerpräsident Markus Söder, tun Sie uns doch bitte allen in diesem Hohen Haus einen Gefallen: Telefonieren Sie einmal mit dem Chef des LGL. Eine dritte Excel-Spalte mit der Bezeichnung "unbekannt", und die ganze Sache wäre vom Tisch. Der Skandal ist noch immer nicht da.

Summa summarum: Der Inhalt dieses Dringlichkeitsantrags ist richtig und wichtig. Aber die Überschrift und gleichzeitig das Auftreten der FDP-Fraktion verbieten es der Fraktion der GRÜNEN, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Krahl, wir hatten heute Morgen eine heftige Debatte über das Vorgehen der AfD und über ihre Behauptungen und die Meinungen, die in der AfD vorherrschen. Ihre Fraktionsvorsitzende Schulze hat in dieser Debatte gesagt, Demokraten müssten zusammenstehen. Herr Kollege Hagen

hat nur Aufklärung über Zahlen gefordert, um Transparenz und Vertrauen zu schaffen. Mehrere unserer Anfragen wurden heute nicht zufriedenstellend beantwortet.

Bei Herrn Kollegen Hagen ging es um konkrete Zahlen. Ich habe die Frage gestellt, wo der Ministerpräsident oder die Minister diese Information des LGL in der Ministerpräsidentenkonferenz oder der GMK eingesetzt haben. All das wurde nicht beantwortet.

Ich frage Sie: Wollen Sie uns wirklich weiterhin mit dieser Partei in einen Topf werfen? – Ich finde das wirklich schäbig, auch nachdem wir gerade die Abberufung des Vorsitzenden des Bildungsausschusses von der AfD in die Wege geleitet haben. Was Sie hier tun, ist wirklich an den Haaren herbeigezogen. Sie verharmlosen die AfD, die neben uns sitzt. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geschätzter Herr Kollege, es war Ihr Fraktionsvorsitzender, der mir während meines Redebeitrags zugerufen hat, was ich denn für ein Abgeordneter wäre. Damit hat er versucht, mein Recht auf Meinungsfreiheit nicht irgendwo draußen, sondern hier im Hohen Hause, im Parlament, in der Herzkammer der Demokratie, zu untergraben. Ja, es tut mir leid. Ich werfe Sie nicht in einen Topf. Aber Sie geben dieser Fraktion rechts außen mit Ihrem Gebaren seit Dienstag jeden Nährboden, den wir in dieser Zeit der Pandemie einfach nicht brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Krahl, Sie gehören ja zu den Vertretern der GRÜNEN, die sagen, es brauche eine allgemeine Impfpflicht. Ihr Kollege Herr Becher hin-

gegen schließt eine Impfpflicht für Kinder und Jugendliche aus. Warum sehen Sie das eigentlich anders als Ihr Kollege? Bitte sparen Sie sich in Ihrer Antwort anekdotische Evidenzen. Argumentieren Sie bitte mit statistischen Evidenzen.

Andreas Krahl (GRÜNE): Es ist allgemein bekannt, dass eine allgemeine Impfpflicht Bürgerinnen und Bürger ab dem 18. Lebensjahr betreffe. Damit schließt sich das überhaupt nicht aus. Ich würde Ihnen das Lesen der Evidenzen und Statistiken einmal nahelegen. Unabhängig davon: Bei einer Gesamtimpfquote von unter 70 % frage ich Sie: Entschuldigung, wo leben Sie denn? – Wir brauchen die Impfpflicht, weil wir sonst nicht vorwärtskommen. Punkt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Pandemie der Unwissenheit [...]" – so nennt die FDP-Fraktion diesen hier vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Ich möchte doch etwas zu den Fakten sagen: Wir wissen, dass es Mittel und Wege gibt, die Pandemie in Schach zu halten, und dass es Wege aus der Pandemie gibt: Hygienerichtlinien, Abstandhalten, Masketragen, Testen und Impfen. Wir wissen, dass wir noch keinen hundertprozentigen Schutz haben, meine Damen und Herren. Deshalb werden wir wieder mehr testen müssen. Wir wissen nicht, wie lange sich die Pandemie noch hinzieht, aber das hat weniger mit Unwissenheit als mit realistischer Betrachtung der aktuellen Lage zu tun. Wir müssen sie natürlich auch täglich neu einschätzen, neu agieren und darauf reagieren.

Was machen wir? – Wir beschleunigen bei der Impfung im Freistaat; die Impfzentrenlogistik und die Infrastruktur werden weiterhin hochgefahren. Mit dieser nicht immer einfachen Aufgabe ist das Gesundheitsministerium betraut. Aber woran mangelt es? – Die Bayerische Staatsregierung hat gegenüber dem Bund bereits ganz nachdrücklich

deutlich gemacht, dass eine ausreichende Belieferung sowohl der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte als auch der Impfzentren erforderlich ist. Hier muss der Bund liefern.

Bei einer Begrenzung bestimmter Impfstoffe, wie vom Bund angekündigt, kann ich nur den Kopf schütteln. Damit verunsichern wir doch nur die Impfwilligen. Übrigens sitzen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, jetzt auch in der Bundesregierung. Sie sind nun auch für die bundesweite Bekämpfung der Pandemie mitverantwortlich. Sie können auch Bayern helfen, indem Sie unseren aus Bayern formulierten dringenden Bitten nun auch im Bund nachkommen. Packen Sie an! Forcieren Sie die kontinuierlichen Impfstofflieferungen auf Bundesebene!

Wenn Sie unsere dringenden Bitten erfüllen, dann können die Impfzentren auch verstärkt Sonderimpfkationen durchführen, wie zum Beispiel in Alten- und Pflegeheimen. Dann können die Hausärzte die Impfwilligen in ihren Wartezimmern versorgen; denn solange es Schlangen mit Impfwilligen vor den Impfzentren gibt, die man nach Hause schicken muss, weil nicht genug Impfstoff da ist, gibt es noch keinen Grund dafür, über eine Impfpflicht im Bund oder hier in Bayern nachzudenken.

Zum Thema der 7-Tage-Inzidenz von Geimpften und Ungeimpften: Das LGL prüft derzeit angesichts der aktuellen Meldeverzögerungen der Gesundheitsbehörden, die durch die sehr hohen Infektionszahlen begründet sind, ob zukünftig auch Daten über den Impfstatus erhoben werden können, und zwar so, dass die Testwilligen nicht von der Testung abgeschreckt werden, nämlich etwa aus Angst vor der Verpflichtung, persönliche Daten freizugeben.

Ihren Anriss im Antrag zum Thema Gesundheitsdaten kann ich nur energisch zurückweisen. Angaben zur Person, zum Gesundheits- und Impfstatus sind ganz besonders sensible Daten; damit müssen wir auch entsprechend umgehen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auf ein Letztes in diesem Jahr: Wir haben den Dringlichkeitsantrag der FDP vorliegen, und es gibt ein paar Punkte, bei denen wir definitiv nicht mitmachen können. Einer betrifft das gerade eben von Kollegin Enders Angesprochene zum Datenschutz. Wenn jetzt Telefonnummern und Impfstatus bei jedem kleinen Corona-Test eingesammelt werden, dann widerspricht das unserer Meinung nach klar den datenschutzrechtlichen Vorgaben. Das ist einfach ein handwerklicher Fehler in Ihrem Antrag; vielleicht geben Sie sich da beim nächsten Mal ein bisschen mehr Mühe.

Der zweite Punkt betrifft die Daten vom LGL. Ich darf auf die Presseberichterstattung zur Aktuellen Stunde verweisen, meine Damen und Herren. Ich habe es auch schon in der Debatte am Dienstag gesagt. Wenn Sie nicht immer nur die Zahlen, sondern vor allem auch die Menschen im Blick hätten, dann wären Ihnen diese kleinen Zahlendreher vom LGL auch relativ egal. Wir haben hier keine "Pandemie der Unwissenheit"; vielleicht ist die bei der FDP verbreitet, aber ansonsten wissen wir eigentlich, was in diesem Land Sache ist.

Ferner steht in Ihrem Antrag, dass Sie Planungssicherheit für die niedergelassenen Ärzte wollen. – Das wünschen wir uns alle. Aber wir haben in diesem Land ein Riesensproblem, und das betrifft auch den nächsten, die Impfzentren betreffenden Punkt: Meine Damen und Herren von der FDP, es gibt einen Impfstoffmangel. Das können Sie leider nicht ignorieren. Hätte man eher nach Totimpfstoffen geschaut, wie von uns vorgeschlagen und von uns nachgefragt, dann hätte man dieses Problem vielleicht weniger. Aber bei den mRNA-Impfstoffen gibt es derzeit einen Impfstoffmangel, der

auch – in der Presse nachlesbar – entsprechend kritisiert wird. Das ist das alte Sozialistenproblem: Wenn nichts zum Verteilen da ist, kann auch nichts verteilt werden.

Das Gleiche trifft auf die Schnelltest-Gutscheine zu. Die Gutscheine sind wahrscheinlich verfügbar. Aber gehen Sie doch einfach einmal in eine Drogerie, zu dm, Rossmann oder wie sie alle heißen, dann sehen Sie an der Kasse ein großes Schild, auf dem steht: Nur noch zwei oder drei Schnelltests pro Kunde und Einkauf. – Daran sieht man einmal, wie weit Sie mittlerweile von der Realität der Menschen entfernt sind. Wir sind daher der festen Überzeugung, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Dieser Antrag der FDP ist schon irgendwie ausgesprochen seltsam. Da passen nicht nur Titel und Petitum nicht zusammen, sondern auch die ganze Vorrede passt nicht. Vielleicht ist das eine Gemeinschaftsproduktion gewesen.

Die einzelnen von Ihnen abgeleiteten Forderungen sind alle sinnvoll und in Ordnung. Vieles davon haben wir als SPD auch schon eingebracht, wie zum Beispiel den Vorschlag, dass es in den Impfzentren spezielle Zeitfenster für die Menschen über 60 Jahre geben soll, weil sie nicht stundenlang in der Schlange stehen können. Das ist alles vernünftig und stammt vermutlich aus der Feder des Kollegen Dr. Spitzer.

Aber beim Lesen der Überschrift "Pandemie der Unwissenheit beenden [...]" dachte ich natürlich, es gehe um die Unwissenheit der Impfgegner und Corona-Leugner; das ist doch klar. Ich war dann doch sehr überrascht, dass es um etwas ganz anderes geht. Nein, Sie behaupten eine Unwissenheit der Pandemiebekämpfer und der Verantwortlichen. Ehrlich gesagt, das ist schon schräg und bestenfalls dazu geeignet, die Menschen zu verunsichern. Das spielt den Falschen in die Karten; das wollen Sie vielleicht nicht, aber das ist der Effekt, weil Sie behaupten, dass alle "[...] politische[n]

Verantwortungsträger, öffentliche Verwaltung und Justiz [...] gezwungen [sein], [...] Entscheidungen auf unzureichender Informationsbasis zu treffen." – Das ist eine Ungeheuerlichkeit und das muss man ganz klar zurückweisen.

(Beifall bei der SPD)

Das alles wegen einer Unschärfe, die besteht, die entdeckt zu haben Sie aber so stolz sind. Sie ist aber gar nicht so relevant. Bei der Entscheidungsgrundlage für die Pandemiemaßnahmen kommt es gar nicht darauf an, ob die Menschen in den Krankenhausbetten geimpft oder ungeimpft sind oder man ihren Status gar nicht so genau kennt. Das ist nicht relevant, sondern es kommt allein darauf an, dass die Betten belegt sind – egal von wem. Deswegen gibt es eine Überlastung des Gesundheitswesens, eine Überlastung der Stationen und des Personals. Das ist das eigentliche Problem.

Es wäre schon besser – da stimme ich zu –, wenn das korrekt ausgewiesen werden würde oder wenn deutlicher darauf hingewiesen würde, wie die ausgewiesenen Zahlen zustande kommen; das ist schon richtig. Sie gehen hier aber zu weit, weil Sie dadurch Misstrauen gegen die da oben in allgemeiner Art schüren, ohne Konkretes zu benennen.

Ich muss jetzt schon sagen: Wir haben keine Pandemie der Unwissenheit. Wir wissen inzwischen eine ganze Menge über das Virus und wie man es bekämpfen kann. Auch das gehört dazu: Die FDP hat auf derselben Informationsbasis wie wir ganz andere Schlussfolgerungen gezogen. Sie wollten einen Freedom Day, als es mit den Inzidenzen gerade wieder so richtig nach oben ging, und auch Sie haben die Warnungen aus der Fachwelt von einem Corona-Herbst und Corona-Winter in den Wind geschlagen. Es wäre schon gut, wenn Sie dazu Stellung beziehen würden. An Informationen hat es nämlich überhaupt nicht gefehlt, sondern Sie haben ganz einfach die falschen Schlüsse gezogen und die falschen Entscheidungen getroffen. Dies zu sagen, gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Leider fällt dieser Antrag in zwei ganz unterschiedliche Teile auseinander. Dem zweiten Teil würden wir ausdrücklich zustimmen wollen; darin sind viele gute Vorschläge enthalten, die wir auch gerne unterstützen und die wir, wie gesagt, zum Teil auch schon auch selber eingebracht haben. Mit diesem Titel und dieser Vorrede aber erweist man leider dem gemeinsamen Ziel der Pandemiebekämpfung einen Bärendienst. Deswegen können wir dem Antrag auch nicht zustimmen, sondern müssen uns enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Wir haben nicht nur eine Pandemie der Unwissenheit, wir haben auch eine Pandemie der Angst und Panik, der Fake News und Desinformation, der Manipulation und der Ignoranz wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Warum weisen Deutschland und insbesondere Bayern eine dermaßen desaströse Corona-Bilanz auf? – Vermutlich ist das katastrophale Abschneiden Bayerns das Ergebnis einer Kombination aus Unwissenheit, Ignoranz, Arroganz und Inkompetenz aufseiten des Herrn Söder und seiner Staatsregierung. Wir erleben aktuell ein Regierungsversagen, das Bayern in der Nachkriegszeit so noch nie gesehen hat.

Herr Söder erzählt seit Beginn der Corona-Pandemie im Wesentlichen immer wieder die gleiche Geschichte. Dass sich zwischenzeitlich wissenschaftliche Erkenntnisse ergeben haben, die einen Kurswechsel bei den politischen Maßnahmen angezeigt erscheinen lassen, ignoriert Herr Söder, aus welchen Gründen auch immer. Als Kern seines perfiden Spiels dient die Desinformation: Wer sich impfen lässt, schützt sich selbst und andere; wir haben eine Pandemie der Ungeimpften. – Jetzt soll eine allgemeine Impfpflicht kommen – die ultimative Erpressung der Bürger durch den Staat.

Ein beliebtes Argument für eine Corona-Impfpflicht ist, dass man das Gesundheitssystem entlastet, wenn vielleicht weniger Menschen mit COVID-19 hospitalisiert werden müssen. Warum dann nicht gleich ein Rauchverbot, ein Alkoholverbot, ein Verbot von Risikosportarten, ein Verbot ungesunder Ernährung etc.? Das würde auch das Gesundheitswesen entlasten.

Leider führt keine der Corona-Impfungen zu einer sterilen Immunität. Man kann sich auch als Geimpfter weiterhin anstecken und das Virus weitertragen. Eine Impfpflicht hat also auch insofern keinen Sinn; es sei denn, man ist ein Pharmaunternehmen und möchte möglichst viel Impfstoff verkaufen.

Auch ist es schon lange völlig klar, dass sich mit der Nutzen-Risiko-Relation bei den sogenannten Corona-Impfungen für Kinder und Jugendliche keine pauschale Impfempfehlung, geschweige denn eine Impfpflicht rechtfertigen lässt. Trotzdem kommt aus Politik und Medien immer wieder der Schlachtruf: "Impfen, impfen, impfen!"

(Zuruf)

Allerdings haben wir – das möchte ich nicht versäumen, hier zu erwähnen – im Gegensatz zum Jahr 2020 in diesem Jahr tatsächlich eine Übersterblichkeit; allerdings liegt die Übersterblichkeit interessanterweise in der Gruppe der Geimpften um ein Vielfaches höher als in der Gruppe der Ungeimpften, was auch immer die Gründe dafür sein mögen. Daran wird in einigen Ländern intensiv geforscht. Die Tatsache der signifikant höheren Übersterblichkeit bei Geimpften ist ein weiterer Grund, eine Impfpflicht, egal in welchem Umfang, kategorisch abzulehnen.

All diese Fakten liegen klar auf dem Tisch. Trotzdem fordern viele jetzt eine allgemeine Impfpflicht. Ich sage Ihnen: Denken Sie um und kehren Sie um, solange es noch nicht zu spät ist. Wer heute eine Impfpflicht fordert, der wird sich in Zukunft nicht auf Unwissenheit berufen können.

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstes erteile ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Klaus Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei der Beratung der Dringlichkeitsanträge sehr aufmerksam zugehört und das eine oder andere Mal auch einen Zwischenruf gemacht, weil einen die Dinge ja bewegen. Ich habe viel gehört: Gute Ideen, das Ringen darum, wie wir gemeinsam aus der Pandemie herauskommen. Ich habe hinter vielen dieser Dringlichkeitsanträge gesehen, dass es ein Ziel der demokratischen Parteien ist, den Versuch zu unternehmen, an die Menschen in unserem Land noch einmal die Botschaft zu senden: Geht impfen! Haltet noch einmal durch und versucht gemeinsam, diese Pandemie in die Schranken zu weisen! – Das habe ich vielfach gespürt.

Ich will mich ausdrücklich bei Herrn Dr. Spitzer bedanken. Als praktizierendem Arzt will ich ihm stellvertretend für alle Ärzte in diesem Land für den großartigen Einsatz danken und auch für das, was er eingebracht hat. Das hat sich wohltuend von dem unterschieden, was der Herr Kollege Hagen und der Herr Kollege Fischbach gemacht haben. Alleine schon die Worte "die Affäre des LGL" zeigen genau, wohin Sie wollen. Der Vorwurf bleibt Ihnen nicht erspart: Sie knüpfen nahtlos an die Aktuelle Stunde an, und Sie machen in diesem Punkt das Geschäft der Querdenker und der AfD. Das müssen Sie sich vorwerfen lassen. Sie und niemand anderer haben zu verantworten, liebe Kollegen von der FDP, dass sich jetzt Menschen aus der Debatte ausklinken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kehren Sie zur sachlichen Diskussion zurück. Gehen Sie wieder dorthin, wo wir miteinander über die Sache streiten können! Hören Sie mit Ihren ständigen Skandalisierungen auf! Ich habe alle gesundheitspolitischen Sprecher ins LGL eingeladen, um zusammen mit dem Präsidenten zu diskutieren, wo wir besser werden können. Wir können immer besser werden. Das ist unser Anspruch, den wir haben. Das, was Sie

aber machen, ist lediglich eine populistische Ansage in einem Punkt, bei dem Sie meinen, aus einer Sache Kapital schlagen zu können, die hierfür wirklich nicht geeignet ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen im Moment mit großer Sorge auf die Entwicklungen blicken. Eine große Sorge ist, dass die AfD den Vorsitz im Gesundheitsausschuss des Bundestags übernimmt. Ich will ausdrücklich sagen: In Zeiten, in denen wir gemeinsame Botschaften brauchen, in denen wir gemeinsam appellieren müssen, wird die AfD in Zukunft den Vorsitz im Gesundheitsausschuss des Bundestags führen. Das lässt für die Bekämpfung der Pandemie nichts Gutes hoffen. Es wird eine Frage sein, wie man bei denen, die das Impfen nicht wollen, bei denen, die sich mit ganz anderen zusammenspannen, dagegenhält.

Wir stehen aber vor einer ganz großen Herausforderung, und diese heißt Omikron. Es geht nicht darum, Panik zu machen, sondern darum, dass wir noch inmitten einer Welle sind und dass wir mit Omikron eine Herausforderung haben, bei der wir noch nicht genau einschätzen können, wo diese endet. Wir wissen, dass im Moment die Booster-Impfungen ganz wichtig sind. Wir werden aber wahrscheinlich einen neuen Impfstoff brauchen und weiter impfen müssen. Wir müssen jetzt noch einmal wirklich alles tun, damit sich das Virus nicht sofort ganz stark verbreitet, und müssen uns mit allen Mitteln auf die weitere Bekämpfung dieses Virus, dieser Mutation vorbereiten.

Ich bin überzeugt, lieber Herr Dr. Spitzer, dass wir neben den Ärzten auch in Zukunft die Impfzentren brauchen. Wir brauchen sie auch in Zukunft. Wir haben sie im August nicht heruntergefahren, sondern wir haben sie spätestens ab September immer im Stand-by-Betrieb gelassen. Wir haben mobile Impfteams dabeigehabt. Es gab und gibt tolle Aktionen, wie jetzt in Dachau. Dies alles ist auf möglichst schnelles Impfen ausgerichtet. Wir brauchen zuverlässige Impfstofflieferungen. Das ist eine klare Aussage. Wir brauchen eine gemeinsame Kommunikation zusammen mit Institutionen wie

zum Beispiel der STIKO und anderen, die die Bürger nicht verunsichert, sondern ihnen klar sagt, wohin der Weg geht und dass das Impfen der Weg aus der Pandemie ist. Das wünsche ich mir an dieser Stelle zum Abschluss dieser Debatte.

Ich glaube, dass jeder versucht, sein Bestes einzubringen, um die Pandemie gemeinsam zu bekämpfen. Dies sollten wir aber nicht mit fadenscheinigen Dingen, sondern wir sollten dies sachlich tun. Wir können über alles hart diskutieren und uns streiten; wir dürfen den Menschen aber nicht die falschen Signale senden. Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir brauchen noch einmal einen großen gesellschaftlichen Konsens. Wir müssen zusammenhalten. Das Impfen ist der Weg in die Freiheit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Hagen.

Martin Hagen (FDP): Herr Staatsminister, zunächst einmal Respekt dafür, dass Sie zu Beginn anerkannt haben – das haben heute einige auch anders intoniert –, dass alle Demokraten in diesem Haus gemeinsam zum Impfen aufrufen. "Impfen beschleunigen" steht in der Überschrift unseres Antrags. Dies zeigt, wie fehlgeleitet die Vorwürfe sind, wir würden eine Impfkampagne sabotieren. Leider haben Sie daran wieder direkt den Vorwurf angeknüpft, unsere Aufklärungsbemühungen in Sachen LGL würden Querdenker befeuern. Es ist Ihre Taktik des Mauerns, die diese Querdenker, deren Verschwörungstheorien wir gemeinsam den Wind aus den Segeln nehmen sollten, befeuert! Ich frage Sie jetzt konkret: Warum legt Ihr Ministerium auf meine Anfrage zum Plenum hin nicht die Zahlen offen? Was ist mit meinem Anspruch als Parlamentarier auf eine Auskunft? Wir haben Sie am Freitag gefragt. Sie haben am Sonntag eine Pressekonferenz gegeben. Wir hatten am Dienstag eine Aktuelle Stunde. Heute sind wir wieder hier, und Sie legen uns diese Zahlen immer noch nicht vor! Wir sind zu jeder sachlichen Debatte bereit, aber warum legen Sie nicht endlich die Zahlen auf

den Tisch? Machen Sie klaren Tisch! Dann können wir aufhören, darüber zu reden. Dann liegen die Fakten auf dem Tisch.

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Hagen, ich habe am Sonntag keine Pressekonferenz gegeben. Diese fand am Montag statt. Sie müssen die Fakten prüfen, bevor Sie darüber sprechen.

(Martin Hagen (FDP): Das ist nicht das Relevante!)

– Ja, es ist nicht das Relevante, aber das erwarte ich von Ihnen. Da Sie sich immer hart an Fakten orientieren, ist es doch wichtig, dass Sie auch selbst bei den Fakten bleiben, oder?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Sehen Sie, der Präsident des LGL hat zu diesem Thema Vieles und Richtiges gesagt. Er hat gesagt: Ich lade die gesundheitspolitischen Sprecher ein, in dieser Pandemie gemeinsam zu betrachten, was im Monitoring-Prozess des LGL läuft. – Es ist ein tolles wissenschaftliches Institut, das auf seiner fachlichen Ebene entschieden hat – wie übrigens andere Bundesländer auch, ich muss das noch einmal deutlich sagen, die das selbe Prozedere anwenden –, dieses Thema so einzuordnen, weil man in der Zurückrechnung bestimmter Parameter zu dem Schluss gelangt ist, dass dies mehr der Wirklichkeit entspricht als zuvor. Sonst hätten wir eine Unterschätzung, die das Infektionsgeschehen tatsächlich nicht abbildet. Wir haben in dieser Pandemie leider immer wieder das Problem, dass wir bei manchen Zahlen – bei der Hospitalisierungsinzidenz, die übrigens auch keine bayerische Erfindung ist – Untererfassungen haben, weil die Pandemie hochläuft und die Gesundheitsämter immer wieder hinsichtlich der Frage fordert, wie man diese Daten möglichst schnell einsammeln kann. Wir haben im LGL aufgestockt und einiges getan.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Sie haben kein Interesse an einer fachlichen Diskussion, Herr Hagen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Nein, das haben Sie leider nicht. Das zeigen schon allein das Wording "Affäre" und diese Unterstellungen in einem Bereich, in dem die Wissenschaftler an ihre Grenzen gehen und Tag und Nacht im LGL arbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Sagen Sie doch einmal: Danke, LGL, dass es euch gibt! – Das würde ich von Ihnen erwarten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/19395 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER und die AfD. Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/19396 und 18/19398 bis 18/19400 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.